

Dresden, den 30. August 2017

SÄCHSISCHE WOHNUNGSWIRTSCHAFT FÖRDERT UND FORDERT INTEGRATION VON ZUGEWANDERTEN

*Die Sächsische Wohnungswirtschaft im vdw Sachsen stellt Wohnraum
für Zugewanderte und engagiert sich darüber hinaus
mit dem IQ-Projekt „Leitstelle Zuwanderung“
für deren Arbeitsmarktintegration.
Jetzt muss die Politik handeln.*

Demographische Entwicklung und Schwarmverhalten stellen in Sachsen aktuell und künftig sowohl die Metropolregionen als auch die ländlichen Räume vor ungeahnte Herausforderungen. Zuwanderung ist die große Chance, diesem Wandel aktiv zu begegnen. Die sächsische Wohnungswirtschaft leistet bei der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen seit Jahren einen Hauptbeitrag im Freistaat. Unterkünfte allein sind aber keine ausreichende Lösung. Die betroffenen Menschen und die sie beherbergenden Unternehmen brauchen eine Perspektive und Planungssicherheit. Davon könnten alle Beteiligten profitieren. Um den Zugewanderten die Integration zu erleichtern, fordert der vdw Sachsen die Landespolitik auf, die Voraussetzungen in folgenden neun Punkten zu schaffen:

1. Schulische und berufliche Qualifizierung auch für erwachsene Geflüchtete

Bereits im Februar 2016 forderte der vdw Sachsen eine „Integrationsqualifizierung“ zur Berufsbildung und Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten. Für junge Geflüchtete, die ihre Schulpflicht absolviert haben, existiert bis heute keine flächendeckende Lösung für den Übergang vom Schul- ins Berufsleben. Der Verband unterstützt daher das zivilgesellschaftlich breit getragene Positionspapier „Bildung für Ü18-jährige Geflüchtete“.

2. Generalüberholung der „Ausbildungsduldung“ (3+2-Regelung)

Bei Vorliegen eines Ausbildungsvertrages mit Geflüchteten wird derzeit keine Aufenthaltserlaubnis für die Dauer der Ausbildung ausgestellt. Und Azubis erhalten bei Ablehnung des Asylantrages lediglich eine „Ausbildungsduldung“ – und auch die lediglich auf Antrag mit Fristsetzung. Für die sogenannte „Einstiegsqualifizierung“ als Instrument zur Anbahnung einer Ausbildung gibt es sogar keinerlei Rechtssicherheit.

Der Verband unterstützt daher das bundesweite Positionspapier „Aufenthaltserlaubnis statt Ausbildungsduldung“.

3. *Abschiebestopp für Mitarbeiter und Mieter*

Als „sichere Herkunftsländer“ gelten aktuell die Westbalkanstaaten (Albanien und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens) sowie Ghana und der Senegal. Umstrittene Abschiebungen finden aber auch in nichtsichere Länder wie Afghanistan statt. Der Verband fordert eine innenpolitische Rückführungspolitik mit Augenmaß: Menschen, die sich in Schule, Ausbildung oder Arbeitsleben aktiv für ihre Integration engagieren und im Quartier bereits eine Bleibe gefunden haben, dürfen nicht abgeschoben werden, wenn das Herkunftsland nicht definitiv als „sicher“ eingestuft worden ist.

4. *Aufenthaltstitel statt „subsidiärer Schutz“ für anerkannte Schutzbedürftige*

Die Ausländerbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte gewähren derzeit vermehrt den sogenannten „subsidiären Schutz“ (Geltungsdauer < 1 Jahr) statt einer 3-jährigen Aufenthalts-erlaubnis. Damit senden sie an Wohnungswirtschaft und Unternehmerlandschaft Signale der Unsicherheit. Der Verband fordert die integrationsdienliche Anwendung des Aufenthaltsgesetzes.

5. *„Positivliste“ für Mangelberufe regionalspezifisch aktualisieren*

Menschen aus Nicht-EU-Ländern bzw. Drittstaaten erhalten nur eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, wenn sie in Deutschland in den offiziell anerkannten Mangelberufen auf der sogenannten „Positivliste“ tätig werden. Arbeitskräftemangel herrscht aber ebenso in Handwerksberufen, im Transportgewerbe, in der Gastronomie und in Helfertätigkeiten – insbesondere in der Altenpflege. Der Verband fordert eine Erweiterung der Positivliste um die genannten Berufe.

6. *Blaue Karte EU („Blue Card“) für alle qualifizierten Fachkräfte*

Eine Aufenthaltserlaubnis nach §19a AufenthG, auch als Blaue Karte EU bzw. „Blue Card“ bekannt, erleichtert die dauerhafte Niederlassung in Deutschland und der EU sowie den Familiennachzug – allerdings ausschließlich für Akademiker. Der Verband fordert eine „Blue Card“ für alle qualifizierten Fachkräfte, die einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen vorlegen können.

7. *Kostenfreie Sprachkurse für Arbeitskräfte aus aller Welt*

Zugewanderte aus der EU und aus Nicht-EU-Ländern, die einen Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen in Aussicht haben, dürfen derzeit nur nachrangig an Integrationskursen teilnehmen: EU-Bürger müssen auf freie Plätze hoffen und Drittstaatler müssen 1,5 Jahre Voraufenthalt in Deutschland oder einen Aufenthaltstitel von mind. 1 Jahr vorweisen. Die Angebote sind zudem nicht für Berufstätige geeignet, da sie i.d.R. als Vollzeitangebote wochentags stattfinden. Der Verband fordert eine Regelförderung für berufsbegleitende Sprachkurse für alle Zugewanderten mit Arbeitsvertrag bei einem deutschen Arbeitgeber.

8. *Voraussetzungen schaffen, statt Wohnsitz zuweisen*

Aktuell wird diskutiert, ob die ungleichmäßige Verteilung von Geflüchteten in den Kommunen und Städten durch eine die Wohnsitzauflage (Bundesland) ergänzende Wohnsitzzuweisung (Kommune) korrigiert werden sollte. Für Integration im ländlichen Raum braucht es aber statt Zwang vielmehr die koordinierte Abstimmung von Angeboten für Wohnen, Sprachlernen und Arbeiten.

Der Verband fordert eine passgenaue Verteilung der Zugewanderten auf geeignete und vorbereitete Kommunen, statt einer undifferenzierten Wohnsitzzuweisung.

9. *Wohnungswirtschaft bei Integration im Wohnquartier unterstützen*

Die Mitgliedsunternehmen des vdw Sachsen wünschen sich seit Beginn der Zuwanderungswelle eine finanzielle bzw. personelle Rückendeckung bei der Mammutaufgabe einer sozialverträglichen Unterbringung in den Wohnquartieren.

Der Verband fordert, dass die kommunalen Integrationskoordinatoren in den Landkreisen explizit an den kommunalen Wohnungsgesellschaften angesiedelt werden, um deren Integrationsarbeit zu unterstützen.

Die Leitstelle Zuwanderung bringt mit ihren IMPULS-Veranstaltungen Wohnungswirtschaft und Unternehmen mit Integrations- und Bildungskordinatoren an einen Tisch, um vor Ort gemeinsam die Herausforderungen beim Thema Zuwanderung anzugehen.

„Wir setzen uns damit weiterhin für ganzheitliche und nachhaltige Integration von Zugewanderten ein, können diese gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe aber nicht allein lösen. Jetzt müssen die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung die entscheidenden Maßnahmen ergreifen!“, fordert Rainer Seifert als Verbandsdirektor des vdw Sachsen.